



**VERBAND DER
WASSERKRAFTWERKS BETREIBER**
Sachsen und Sachsen-Anhalt e.V.

Pressemitteilung, 07. März 2014

Massenpetition gegen Wasserentnahmeabgabe auf Nutzung der Wasserkraft in Sachsen

Übergabe durch Vorstand am 12. März 2014 um 14.00 Uhr im Sächsischen Landtag

Zum 1. Januar 2013 ist im Freistaat Sachsen die Wasserentnahmeabgabe auf die Nutzung der Wasserkraft in Höhe von 15 bis 25 % der Einspeiseerlöse eingeführt worden. Viele Betreiber von Wasserkraftanlagen in Sachsen sehen sich durch diese Wasserentnahmeabgabe in ihrer Existenz bedroht. Hinzu kommt, dass das Hochwasser im Juni 2013 Schäden in Millionenhöhe an sächsischen Wasserkraftanlagen verursacht hat, deren Behebung durch die Wasserentnahmeabgabe wesentlich erschwert oder gar unmöglich gemacht wird.

Johann Ruhland, der selbst in Sachsen drei Wasserkraftanlagen mit erheblichen finanziellen und materiellen Aufwendungen aufgebaut hat und betreibt, sieht sich nicht nur in seinem Vertrauen auf Investitionssicherheit im Freistaat Sachsen getäuscht. Ihn bringt auch die Privilegierung der Betreiber von Braunkohletagebauen und -kraftwerken in Rage. „Strom aus regenerativen Stromquellen ist in Sachsen nach wie vor keinen Pfifferling wert. Hier wird ein kompletter Zweig der regenerativen Energien, die Wasserkraft, die in Sachsen überhaupt erst die Industrialisierung ermöglichte, durch ökonomische Zwänge seitens der CDU/FDP-Koalition kaputtgemacht. Auf der anderen Seite scheint Sachsen seine energiepolitische Zukunft nur in der Verstromung der Braunkohle zu sehen, die massiv subventioniert wird und wiederum von der Wasserentnahmeabgabe befreit ist. Dies, obwohl riesige Mengen an Grundwasser gehoben und gesenkt werden müssen, um den Abbau der Braunkohle überhaupt erst zu ermöglichen“, kritisiert Ruhland. Aus diesem Grund hat er im Spätsommer 2013 eine Petition unter der Überschrift „Ihre Stimme für grünen Strom aus sächsischer Wasserkraft“ initiiert, die mittlerweile mehr als 2.300 Unterschriften trägt.

Diese Petition soll nun am 12. März 2014 um 14.00 Uhr im Sächsischen Landtag an den Präsidenten des Sächsischen Landtages übergeben werden. „Ich erhoffe mir davon, dass man sich des Problems auch ernsthaft annimmt und den Sachverhalt und die Auswirkungen der Wasserentnahmeabgabe auf die Nutzung der Wasserkraft auch unter rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie ihrer ökologischen Lenkungswirkung prüft“, so Ruhland.

Die Präsidentin des Verbandes der Wasserkraftwerksbetreiber Sachsen und Sachsen-Anhalt e.V., Angela Markert, freut sich über die Zahl der gesammelten Unterschriften. „Das zeigt, dass die Wasserkraft in Sachsen eben nicht so unbedeutend ist, wie die Schwarz-Gelbe Koalition uns immer Glauben machen will. Immerhin befürworten nach einer Umfrage zur Akzeptanz der Erneuerbaren Energien 80 % der Bevölkerung die Wasserkraft.“ Sie wünscht sich, dass der Petitionsausschuss seiner Verantwortung gerecht wird, denn von einzelnen Betreibern von Wasserkraftanlagen bereits eingereichte Petitionen waren zum Teil unter Bezug auf eine „nicht mehr geltende Gesetzeslage“ und auch inhaltlich nur äußerst unzureichend beantwortet worden.

Weitere Hintergrundinformationen zum Thema finden Sie unter:

www.wasserkraft-retten.de, www.wasserkraftverband.de

Für Rückfragen:

Verband der Wasserkraftbetreiber Sachsen und Sachsen-Anhalt e.V, Angela Markert,
Geschäftsstelle Feuerbachstraße 12, 04105 Leipzig
Telefon: 0341 / 962 566 68, Mobil: 01522 / 598 9668
E-Mail: markert@wasserkraftverband.de